

Christlich Demokratische Union (CDU)

Frage 1 zur Wohnungspolitik:

Unter Zustimmung der SPD und der CDU wurden in den Jahren 2004 bis 2007 unter Ex-OB Hoffmann rd. 1.000 Wohnungen der stadteigenen Nibelungen Wohnungsbau-gesellschaft an eine private Wohnungsgesellschaft verkauft. Eine Wohnung kostete etwa 18.000 Euro!

Werden der „Nibelungen“ Gelder in vergleichbarer Höhe wieder zugeführt werden, um den sozialen Wohnungsbau zu stärken? Sollen weitere Wohnungen verkauft werden und wie/wo sollen sozial Schwache zukünftig in der Stadt wohnen können?

Antwort

Die Fragestellung beinhaltet viele halb- bis Unwahrheiten, die durch eine kleine Gruppe Braunschweiger Politiker kontinuierlich wiederholt, dadurch aber nicht richtiger werden. Wenn man die damalige Situation der Wohnungen und der Finanzen der Nibelungen Wohnbau GmbH (NiWo; SPD und Grüne hatten die NiWo an den Rand der finanziellen Ruine gewirtschaftet mit einer Eigenkapitalquote von 0,3%; heute liegt diese bei 20%) mit den heutigen Entwicklungen gegenüberstellt wird deutlich, dass zum damaligen Zeitpunkt mit dem damaligen Wissen richtig gehandelt wurde.

Auch kann die heutige Situation in Braunschweig mit der damaligen nicht verglichen werden. Für uns ist jetzt wichtig, den aktuellen Trend der hohen Attraktivität Braunschweigs anzuerkennen und entsprechend zu handeln. Viel mehr Wohnraum für alle Einkommensklassen entspannt den Wohnungsmarkt und nicht die schon überall gescheiterte Politik starrer Quoten. Um diesen Wohnraum zu schaffen, müssen bürokratische Hürden abgebaut und die Attraktivität für Investoren erhöht werden.

Frage 2 zur Umweltpolitik

Die Stadt hat in der Vergangenheit Grünflächen in der Innenstadt und an ihrem Rand zur Bebauung freigegeben und an Investoren verkauft. Zum Beispiel den Schlosspark, Kleinpark an der Gördelinger Straße (heute BZ), Krankenhauspark Langer Kamp. Wie sollte die Stadt diesen Verlust unter stadtklimatischen Gesichtspunkten kompensieren und wie werden sie sich verhalten, wenn weitere Investoren auftreten, um bewachsene Flächen zu bebauen?

Antwort

Braunschweig ist und bleibt eine grüne Stadt. Die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum, mehr Arbeitsplätze durch neue Firmenstandorte und das Wachstum unserer Stadt werden das auch sicherlich nicht ändern. Moderne Bautechnik, ökologische Ausgleichsmaßnahmen und langfristige Stadtentwicklungsplanung erlauben ein umweltfreundliches Wachsen. Sollten sich Investoren an diese Ziele halten, werden wir

sie mit offenen Armen willkommen heißen. Es muss klar sein, dass die vom Rathaus aus beeinflussbare Planung zwar mit den Stadtgrenzen aufhört, aber nicht die Welt. Wir müssen deshalb bereit sein, Ausgleichsflächen außerhalb der Stadtgrenzen für den Neubau innerhalb derselben zu fördern. Ansonsten verlagern wir die Probleme nur, ohne die Chancen des Wachstums auszunutzen. Deshalb haben wir einen Antrag in den Rat eingereicht, der genau dies vorsieht und am 21. Juni einstimmig beschlossen wurde.

Frage 3 zur Kulturpolitik

Die SBK ist für die kulturelle Entwicklung der Stadt von erheblicher Bedeutung. Sie bestimmt durch ihre Förderpolitik mit über das kulturelle Leben der Stadt. Der Landesrechnungshof hat die SBK kritisiert, weil sie erhebliche Mittel nicht im Sinne der Stiftungssatzung vergeben haben soll, indem sie in größeren Umfang Eigenwerbung betrieben hat.

Welche Politik, z. B. Personalpolitik, werden sie hinsichtlich der SBK betreiben?

Antwort

Die Kritik des Landesrechnungshofs wurde vom gesamten Braunschweiger Land zurückgewiesen. Auch die niedersächsische Ministerin für Wissenschaft und Kultur, Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (Bündnis 90/Die Grünen), sprach der Stiftung ihr Vertrauen aus. Wir erkennen die gute Arbeit, welche die SBK für die Förderung der Kultur in unserer Region geleistet hat, an. Vor allem Dr. Gert Hoffman hat als Präsident der Stiftung mit seinem Erfahrungsschatz und seiner beispiellosen Vernetzung in der Region zur Erfüllung des Stiftungszwecks beigetragen. Es ist wichtig zu präzisieren, dass es sich bei der SBK um eine Braunschweigische und nicht eine Braunschweiger Einrichtung handelt. Will heißen, dass ihr Gebiet das komplette ehemalige Braunschweiger Land umfasst. Gerade durch die Person Dr. Hoffmann sieht die Stadt Braunschweig ihre Interessen hervorragend vertreten.

Frage 4 zur Kulturpolitik

Die Kultur unserer Stadt wird erheblich durch die engagierten Bürgerinnen und Bürger in diversen ehrenamtlich geführten Initiativen gestaltet. Diese Initiativen sind oft das Gesicht der Stadt – weit über die Stadtgrenzen hinaus. Wie werden sie diese Initiativen zukünftig verstärkt fördern, zumal, wenn diese Initiativen öffentlich aktiv zum Wohle der Stadt agieren?

Antwort

Das Ehrenamt, die Vereinskultur und alle Formen von bürgerlichem Engagement sind schon immer sehr wichtig für die Braunschweiger CDU gewesen. Nicht nur im Bereich Kultur werden wir uns weiterhin für den Erhalt der Angebote einsetzen. Wichtig ist dabei, dass diese Angebote auch für ein breites Publikum attraktiv gestaltet werden. So profitieren mehr Bürger von diesem Engagement aber auch die Initiativen, weil sie finanziell – über die kommunalen Förderungen hinaus – besser aufgestellt sind.

Frage 5 zur Politikentfremdung und Radikalisierung

Welche Planung hat ihre Partei/Gruppierung hinsichtlich der politikverdrossenen Strömungen in der Bevölkerung? Was werden sie den Bürgern außerhalb einer Parteimitgliedschaft anbieten?

Antwort

Wir erkennen diese Problematik und verfolgen sie auch mit großer Aufmerksamkeit. Allerdings dürfen wir nicht alle Bürgerinnen und Bürger pauschal ins schlechte Licht rücken. Die Mehrheit hat immer wieder eine klare Willkommenskultur und Toleranz gezeigt. Erscheinungen wie PEGIDA haben in Braunschweig deutlich weniger Sympathisanten als in anderen vergleichbaren Städten. Was die Politikentfremdung angeht, sind wir weiterhin bemüht, dass Schüler und Jugendliche partizipatorische Angebote erreichen. In unseren Kommunikationsangeboten wie z.B. den sozialen Netzwerken, bieten wir auch regelmäßige politische Informationen über die Stadtpolitik hinaus und haben bisher sehr viele positive Rückmeldungen von Menschen bekommen, die vielleicht das politische Geschehen in unsere Stadt nicht intensiv verfolgen.

Frage 6 zur Finanzpolitik

Nach dem „Finanzwunder von Braunschweig“ ist Ernüchterung eingeleitet. Die Schuldenlage der Stadt scheint nicht klar zu sein. Wird es einen Kassensturz geben, um die Schulden der Stadt eindeutig beziffern zu können?

Antwort

Die in der Frage suggerierte Unklarheit über die Schuldenlage ist falsch. Im städtischen Haushalt – einem öffentlichen Dokument – ist klar ersichtlich, wie der Schuldenstand der Stadt Braunschweig ist. So kann man dem Haushalt 2016 entnehmen, dass die Stadt Braunschweig dank der CDU finanziell nach wie vor gut aufgestellt ist. Im Jahr 2001 lag der städtische Schuldenstand bei fast einer Milliarde DM, wir standen also kurz vor der Pleite und konnten keine Investitionen tätigen. In den vergangenen Jahren haben wir nicht nur massiv die Schulden reduziert, sondern gleichzeitig, enorme Investitionen getätigt. Alleine unsere Schulden wurden für inzwischen rund 250 Millionen Euro saniert. Auch hier gilt: nur weil ein politischer Mitbewerber bei jeder Gelegenheit eine These wiederholt wird diese noch lange nicht wahr.

Zusatzfragen:

Wieso sind Kita-Gebühren schlecht für tausende Braunschweiger Familien?

Antwort

Zahlreiche Studien belegen, dass der Besuch des Kindergartens einen sehr wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Potenzials eines jeden Kindes darstellt. Auch wenn dieser nicht unter die Schulpflicht fällt, sehen wir den Kindergarten als erste Bildungseinrichtung. Die zum 1. August von SPD, Grünen & BIBS gegen den entschiedenen Willen von tausenden Braunschweiger Familien eingeführte Kita-Gebühren stehen diesen Zielen massiv entgegen. Bei einer Familie mit zwei Kindern können die Gebühren dann schnell bei 8.000€ pro Jahr liegen. Und von der versprochenen Qualitätsverbesserung ist weit und breit nichts zu sehen.

Laut Umfragen gibt eine Mehrheit der Bürger an, ihr Sicherheitsgefühl habe im Vergleich zu vergangenen Jahren abgenommen. Wie werden Sie diesem entgegenwirken?

Antwort

Die CDU ist die stärkste Stimme im Rat, wenn es um Sicherheit in unserer Stadt geht. Braunschweig ist eine sichere Stadt mit wenigen, bekannten Konfliktstellen. Wir möchten diese bekannten Brennpunkte und stark frequentierten Orte mit Videotechnik ausstatten. Wir setzen uns immer dafür ein, die Polizei, unsere Feuerwehr und den Zentralen Ordnungsdienst zu stärken. Wir lehnen konsequent jegliche Form von Extremismus ab und werden weiterhin keine Hassprediger – egal aus welchem politischen bzw. religiösen Lager – in unserer Stadt dulden.